

ERNST MORITZ ARNDT
Frieden - Freiheit - Demokratie
Stimme für ein
neues Deutschland

Alle Rechte liegen beim Autor.

Originalausgabe August 2025
Copyright © der deutschen Ausgabe 2025

ISBN 978-3-947371-25-9
Karl-Lappe-Verlag, Greifswald
www.karl-lappe-verlag.de

ISBN 978-3-939680-95-6
Edition Pommern, Stralsund
www.edition-pommern.com

Satz und Layout: Kristian und Klaus-D. Salewski
Druck: **expressa** s.r.o.
www.expressa.de

Reinhard Bach

ERNST MORITZ ARNDT

FRIEDEN FREIHEIT

DEMOKRATIE

Stimme für ein
neues Deutschland



„Sprechet den großen Grundsatz aus, und lehret ihn euren Kindern und Kindeskindern als das heiligste Gebot eurer Größe und Sicherheit: dass ihr nie fremde Völker erobern wollet ...“

Ernst Moritz Arndt 1813

„Die Geschichte wandelt ihren Weg nicht wieder zurück, und der Mensch wird nicht wieder, was er gewesen ist. Alle Staaten, auch die noch keine Demokratien sind, werden von Jahrhundert zu Jahrhundert mehr demokratisch werden.“

Ernst Moritz Arndt 1814

Inhalt

Warum dieses Buch	11
Verhaftung, Hausdurchsuchung, Beschlagnahme allen Schrifttums	17
Aspekte der sogenannten <i>Demagogenverfolgung</i> : Politische Macht und „öffentliche Meinung“	20
Adam Müller und die Geburt der Preußischen Staatszeitung	23
Zur Praxis der staatlichen Überwachung	25
Zwischen <i>Revolution</i> und <i>Restauration</i>	28
Das Jahr 1802 und die ersten Streitschriften Arnolds	34
<i>Germanien und Europa</i>	35
Der Mythos des Volkes	40
Deutsche Einheit und die Rolle der Fürsten	42
<i>Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen</i>	44
<i>Skizze der Unterjochung der deutschen Slaven</i>	48
<i>Über die Leibeigenschaft in Pommern und Rügen</i>	50
Eine kurze Zwischenbilanz und eine Frage	53
Das deutsche Schicksalsjahr 1806	56
<i>Geist der Zeit</i> – Ein Überblick	62
<i>Geist der Zeit. Erster Teil</i>	66
<i>Geist der Zeit. Zweiter Teil</i>	69
1. Blick vor- und rückwärts. 1806 im September	75

<i>2. Blick vorwärts. 1807 im Januar</i>	78
Reaktionen am preußischen Hof	82
<i>3. Friedensrede eines Deutschen, gesprochen den 13. Juli 1807</i>	87
<i>Letztes Wort an die Deutschen, gesprochen im Herbst 1808</i>	93
Arndts Niederschrift im Herbst 1808	98
Am Vorabend der europäischen Befreiungskriege	103
Auf dem Weg nach Russland	108
Arndt in Sankt Petersburg	114
<i>Die Glocke der Stunde in drei Zügen</i>	116
<i>Kurzer Katechismus für teutsche Soldaten</i>	120
Zur Weiterführung des Krieges nach dem Brand von Moskau	127
Von Sankt Petersburg nach Königsberg	133
<i>An die Preußen</i>	139
<i>Was bedeutet Landsturm und Landwehr?</i>	142
<i>Zwei Worte über die Entstehung und Bestimmung der teutschen Legion</i>	145
Momente der preußischen Mobilmachung	150
Die zwei Ebenen des Krieges	155
Vor dem Wiener Kongress	159
Über künftige ständische Verfassungen in Deutschland	162

Zu Fragen einer deutschen Verfassung	
Humboldt – Stein – Arndt	166
<i>Beherzigungen vor dem Wiener Kongress</i>	176
Nach dem Wiener Kongress	186
<i>Geist der Zeit. Vierter Teil</i>	195
Ereignisse und Folgen des Jahres 1819	206
Friedensbotschaft und „Volkshass“	217
<i>Zorn und Liebe</i>	221
 Anmerkungen	 223
Bildnachweise	235
Personenverzeichnis	236
 Über den Autor	 239
Danksagung	239

Vor dem Hintergrund mehrerer Schriftreformen in der deutschen Sprache werden in diesem Buch alle Zitate in ihren ursprünglichen Formulierungen dargeboten. Diese unterscheiden sich vom Schrift-Standard des Autors, der den gegenwärtig gültigen Regeln entspricht. So darf es nicht verwundern, wenn z.B. in derselben Zeile die unterschiedlichen Schreibweisen von „daß“ und „dass“ vorkommen und die Kommasetzungen in aufeinanderfolgenden Abschnitten voneinander abweichen können.

Warum dieses Buch

Die politische Verfolgung Arndts zum Ausgangspunkt eines neuen Buches über sein Werk und sein Vermächtnis zu machen, mag ungewöhnlich sein. Doch scheint es, als würde gerade dieser Blickwinkel eine Schärfung seines Profils gestatten. Denn ohne genaue Kenntnis der in einem spannungsgeladenen Wandel begriffenen zeitgenössischen Polarisierungen, verliert es sich leicht im Nebel unscharfer Begrifflichkeiten und Zuordnungen. Dies ist auch der Grund dafür, dass unsere ausgedehnte Quellenanalyse eng mit zeitgeschichtlichen Analysen und Exkursen verbunden ist. Denn am Ende soll die Frage beantwortet werden, was den frisch berufenen Professor für Neuere Geschichte, den Publizisten und Heimatdichter Ernst Moritz Arndt für den preußischen Staat und die herrschenden Kräfte der Restauration in einem solchen Ausmaß gefährlich machte, dass man an ihm seit 1819 ein derart hartes Exempel statuierte.

Wir begleiten die politische Publizistik Arndts vor dem Hintergrund des turbulenten Zeitgeschehens seit dem Jahre 1802, dem Entstehungsjahr zweier richtungsweisender Grundsatzwerke – sie erschienen beide im Jahre 1803 –, mit denen er seinen folgeschweren politischen Kampf um ein neues Deutschland im Geist des Friedens, der Freiheit und der Demokratie beginnt. Ausgewählte Vergleiche dieser beiden Betrachtungsebenen mit denjenigen seiner Korrespondenz und seinen autobiographischen Reflexionen, offenbaren dabei auch Differenzen, die für eine Beurteilung seiner Lebenssituationen und seiner innersten Überzeugungen aufschlussreich sind.

So kann auch der Wandel in Arndts öffentlichen Äußerungen ab 1819 als Folge seiner Ächtung als Staatsfeind und der Zerstörung seiner bürgerlichen Existenz besser verstanden werden. Teilweise beruht dieser Bruch auf einem tatsächlichen Sinneswandel, teilweise auf einem erzwungenen Schweigen. Denn selbst in einem seiner letzten Bücher, welches er vierundachtzigjährig – also lange nach seiner späten Rehabilitierung – veröffentlicht, gesteht er noch einmal, nicht sagen zu dürfen, was er wirklich denkt.

Sehr eindringlich belegt die Quellenanalyse auch, welch bedeutsame Rolle Arndt an der Seite des Freiherrn vom Stein seit 1812 in Sankt Petersburg und später in Königsberg inne hatte. Denn beider Tätigkeit nimmt – auf unterschiedlichen Ebenen – auch Einfluss auf die Fortsetzung des Krieges gegen Napoleon nach dem Brand von Moskau. Stein, der intim mit Arndt zusammenarbeitet, gelingt es auch, über Clausewitz die kriegsentscheidende Konvention von Tauroggen abzusichern, Russland in die Befreiung Deutschlands einzubinden und den europäischen Befreiungskampf zu koordinieren. Dessen notwendige Umwandlung in einen Volkskrieg ist, wie die Quellen belegen, auch dem gemeinsamen und abgestimmten Wirken Steins und Arndts zu danken.

Zu reflektieren war hier u. a., inwieweit die „öffentliche Meinung“ im Gefolge der Französischen Revolution als politische Waffe erkannt worden war, was sogar Einfluss auf Theorie und Praxis der Militärstrategie gewann.

In diesem Zusammenhang galt es auch, Arndts einzigartige Militär-ethik als ein besonderes und bisher wenig beachtetes Vermächtnis zu dokumentieren. Denn damit schlägt er ein historisch vollkommen neues Kapitel im Verhältnis von Politik, Ethik und Krieg auf. Seine als kategorische Imperative erhobenen Forderungen, wonach das Gewissen immer über dem Befehl zu stehen hat, jede Teilnahme an Eroberungskriegen strengstens untersagt ist, Übergriffe auf die Zivilbevölkerung ein todeswürdiges Verbrechen darstellen, stehende Heere als ständige Bedrohung des Friedens gelten, der Soldat nur Mensch und Bürger in Uniform sein sollte und der damals übliche „Verkauf“ von Soldaten an ausländische Eroberer einen verabscheuungswürdigen Sklavenhandel darstellt, sind für seine Zeit einzigartig und können bis heute weltweit als vorbildlich gelten.

Nicht hoch genug kann in diesem Zusammenhang auch seine ständige Mahnung und Warnung gegenüber jeglicher Glorifizierung von Kriegen veranschlagt werden, die – wie etwa der „heilige Wahnsinn der Kreuzzüge“ – nicht der bloßen Heimatverteidigung dienen. Beispielhafte Äußerungen, wie die Folgenden, mögen deshalb bereits an dieser Stelle auf das Thema einstimmen:

„Das Schlimmste aller dieser Ubel ist die schreckliche Menge der stehenden Heere (...) Eroberer und Tyrannen, das häßlichste Geschmeiß, was die Erde geboren hat, haben oft ihr Glück und ihren Frieden umgekehrt. Auch das Mittelalter hatte solche Helden; aber den Despoten und Weltstürmern fehlten die Mittel, die Völker zehn oder dreißig Jahre für ein Nichts zu bewegen und sich totschiagen zu lassen, was man ihre Ehre und Größe nennt.“

Diese Friedensbotschaft Arndts ist absolut unzweideutig und sollte daher, genau wie seine Militäretik, in einem neuen Nachdenken über sein Vermächtnis Beachtung finden.

„Dann, wann unsere Zeit kommt, wird die Wut der Eroberung ausgestorben sein; die Unersättlichkeit eines Ehrgeizigen wird unser Volk nicht über die Grenzen zur kurzen Herrschaft und zum langen Elend hinaustreiben können.“

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Analyse bildet schließlich Arndts Eintreten für ein demokratisch verfasstes Deutschland im historischen Umfeld des Wiener Kongresses. Mit seinem Buch *Beherzigungen vor dem Wiener Kongreß* begründet er nichts Geringeres als den von den meisten Menschen in Deutschland heiß ersehnten Gegenentwurf zur Fortdauer fürstlicher Willkürherrschaft und Kleinstaaterei. Wir stellen dies auch dem modernen Vorwurf des „Nationalismus“ gegenüber.

Dieses revolutionäre Buch wurde nur einmal gedruckt und niemals neu aufgelegt. In gewisser Weise teilt es das Schicksal seines 1812 in Sankt Petersburg veröffentlichten, damals ebenfalls als revolutionär gescholtenen *Kleinen Soldatenkatechismus*, der einhundert Jahre lang als verschollen galt und dessen erzwungenermaßen veränderte Nachfolgefassungen alle Schärfe verloren hatten.

Dass Arndt wenige Jahre nach dem Wiener Kongress und dem Beginn der *Restauration* seinen Kampf angesichts der zugespitzten politischen Situation im Jahre 1819, nicht zuletzt auf Bitten des Freiherrn

vom Stein, wieder aufnahm, wurde ihm schließlich zum persönlichen Verhängnis. Denn seine politische Verfolgung, die – wie unsere Recherche zeigt – spätestens 1814 ihren Anfang nahm, wird im Jahr der berüchtigten *Karlsbader Beschlüsse* zu einem Teil der geheimpolizeilich gesteuerten, staatlichen Repression, die sich in brachialer Form gegen jedes Bestreben einer demokratischen Umgestaltung Deutschlands richtet. Es ist die konsequente Umsetzung der Weichenstellungen des Wiener Kongresses von 1815 im Namen der Heiligen Allianz. Das gemeinsame Ziel dieses Staatenbündnisses ist es, unter allen Umständen und mit allen Mitteln ein Übergreifen der Ideen und Impulse der Französischen Revolution zu verhindern.

Gestützt auf einen nie gekannten Überwachungsapparat, wird die Meinungs- und Pressefreiheit aufgehoben, werden Zeitungen und Bücher der Zensur unterworfen, alle Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen unter staatliche Aufsicht gestellt und eine „Centralbehörde zur nähern Untersuchung revolutionärer Umtriebe“ ins Leben gerufen. Mit etwa zehntausend strafrechtlichen Verfahren gegen unbequeme Zeitgenossen, soll jeder Widerstand im Keim erstickt werden. Parallel dazu wird – über die zu diesem Zweck eigens gegründete Preußische Staatszeitung – ein inszeniertes Meinungsbild verbreitet, welches progressive Kräfte, wie Arndt, Jahn oder Görres als gefährliche Staatsfeinde brandmarkt und der öffentlichen Ächtung preisgibt.

Das umfangreiche und widersprüchliche Kapitel der Arndt-Rezeption in Deutschland aufzuarbeiten, würde den Rahmen dieses Buches sprengen, wenngleich es für die heutige Arndt-Wahrnehmung von entscheidender Bedeutung wäre. Es müsste u. a. gezeigt werden, dass die Arndt-Rezeption des Dritten Reiches in großen Teilen eine Umkehrung seines politischen und ethischen Selbstverständnisses bedeutet, auch wenn sich manche seiner Aussagen dafür anzubieten scheinen. Dass aber beispielsweise seine Militäretik im Hinblick auf die NS-Rezeption ein Ausschlusskriterium darstellt, sollte – jedenfalls bei objektiver Betrachtung – ohne weiteres einleuchten. Dies alles bedenkend, erscheint es notwendiger denn je, die Gründe für seine

Verfolgung durch die reaktionärsten Kräfte der deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts in die Beurteilung seines Vermächtnisses einzubinden.

In diesem Sinn mag das vorliegende Buch daran erinnern, dass der Weg in ein friedliebendes demokratisches Deutschland vor über zweihundert Jahren einen steinigen und widerspruchsvollen Anfang nahm und dass der Beitrag Ernst Moritz Arndts dabei historisch unverzichtbar und von richtungsweisender Bedeutung war.

Greifswald im Juli 2025

Reinhard Bach

Verhaftung, Hausdurchsuchung, Beschlagnahme allen Schrifttums...

„Ich weiß, woran ich glaube,
Ich weiß, was fest besteht,
Wann alles hier im Staube
Wie Sand und Staub verweht.“

Ernst Moritz Arndt

Am 14. Juli 1819, auf den Tag genau dreißig Jahre nach der Erstürmung der Bastille, dem Auftakt zur Französischen Revolution, wird das Haus Ernst Moritz Arndts von der preußischen Geheimpolizei besetzt und durchsucht. Das gesamte Schrifttum Arndts, seine Briefpost, seine Manuskripte, seine Vorlesungen, Bücher und Sonstiges werden beschlagnahmt, Arndt wird verhaftet, seines Amtes als Professor für Neuere Geschichte enthoben. Die täglichen, jeweils um 9.00 Uhr beginnenden geheimpolizeilichen Verhöre, in denen Arndt Stellung beziehen muss zu unzähligen „verdächtig“ erscheinenden Äußerungen im akribisch durchforsteten Schrifttum vergangener Jahre – was selbst die an ihn gerichtete Briefpost einschließt – dauern über eineinhalb Jahre, die gesamte Untersuchung mehr als drei Jahre, die Suspendierung von seinem Lehrstuhl über zwanzig Jahre...

Es ist die jüdische Schriftstellerin Henriette Herz, eine enge Freundin der Ehefrau Ernst Moritz Arndts und überdies bekannt durch ihren renommierten Berliner Literatursalon, der wir eine genaue Schilderung der Begebenheiten jenes 14. Juli 1819 verdanken, mit denen die über zwanzig Jahre anhaltende politische Verfolgung Ernst Moritz Arndts ihren Anfang nahm. In ihren *Erinnerungen* lesen wir: „Arndt ist ein Mann, welchen ich sehr hochachte und der sich mir auch stets freundlich erwiesen hat. (...) Auf meiner Rückreise aus Italien gewährte er mir im Juli und August 1819 einen gastlichen Aufenthalt in seinem Hause in Bonn. Seine Frau, eine Schwester Schleiermachers, war schon vor ihrer Verheiratung meine Freundin. Sie war, als ich im Juli in Bonn ankam, erst seit kurzem von ihrem ältesten Sohne entbunden. Wenige Tage nach meiner Ankunft, am 14. Juli, morgens gegen 6 Uhr, ward an die



Ernst Moritz Arndt
1769 - 1860

Tür meines Schlafzimmers gepocht. Ich schrieb ein so frühes Klopfen einem Irrtum in betreff des Zimmers zu und öffnete nicht. Nach einiger Zeit jedoch hörte ich ungewöhnliches Geräusch auf dem Korridor, und als ich nun öffnete, fand ich diesen von Polizeibeamten und Gend'armen besetzt. (...) Nicht lange nachher sah ich Arndts Papiere, in eine Anzahl großer Säcke mindestens von der Höhe von Mehlsäcken gepackt, aus dem Hause bringen und in eine Chaise, welche zu diesem Behuf auf der Straße hielt, legen, welche dann mit ihnen abfuhr.“²

Der Vorwand, dessen sich Arndt erwehren muss und der durchaus etwas mit dem Geist der genau dreißig Jahre zuvor aufbrechenden „französischen Umwälzung“ – wie er es nennt – zu tun hat, lautet, er habe sich „revolutionärer Umtriebe“ und umstürzlerischer Geheimbündelei schuldig gemacht. Es ist der Beginn einer von langer Hand vorbereiteten, schließlich über Jahrzehnte andauernden politischen Repression, die sich gegen alle demokratischen Bestrebungen richtet und die sich vor allem seit Inkrafttreten der *Karlsbader Beschlüsse* von 1819 mit lähmender Gewalt auf ganz Deutschland legen sollte. Ihr Ziel ist die Absicherung der vom *Wiener Kongress* 1815 eingeleiteten *Restauration* absolutistischer Fürstenherrschaft und feudalistischer Ordnung Europas. Eine notwendige Bedingung für dieses Ziel ist auch die Aufrechterhaltung der Zersplitterung Deutschlands in weit mehr als dreißig souveräne Fürstentümer. Ein Überwachungsapparat ungeahnten Ausmaßes, der Napoleons System der staatlich organisierten Bespitzelung lediglich ablöst und vervollkommenet, wird von der politischen Geheimpolizei bereits rund um den *Wiener Kongress* zum Einsatz gebracht und seither über den „Deutschen Bund“ unter österreichischer und preußischer Kontrolle auf ganz Deutschland ausgedehnt.

Bevor wir uns daher der Frage zuwenden wollen, was den Professor der Neueren Geschichte, den Publizisten, Historiker und Dichter Ernst Moritz Arndt in den Augen der Staatsmacht derart gefährlich erscheinen ließ, dass man ihn trotz all seiner Verdienste und seines hohen Bekanntheitsgrades, bereits Monate vor dem Inkrafttreten der berühmten *Karlsbader Beschlüsse* ins Visier genommen hatte, mag ein Blick auf den besonderen Charakter dieser politischen Verfolgung angezeigt erscheinen.

Aspekte der sogenannten *Demagogenverfolgung*: Politische Macht und „öffentliche Meinung“

„Des Volkes Stimme, Gottes Stimme ist ein uralter Spruch,
der oft vergessen, doch immer wieder hervorgeholt werden muß. (...)
Despoten, und Despotenhunde, die wedelnd von ihren Füßen den Staub
auflecken, haben diesen Spruch immer gelehnet.“

Ernst Moritz Arndt³

Konsultiert man die Geschichtsbücher, so findet man die Spuren dieser brutalen Unterdrückung und Verfolgung demokratischer Kräfte in der *Ara Metternich* seltsamerweise bis heute unter der irreführenden, weil in diskreditierender Absicht von den damaligen Behörden gewählten Bezeichnung *Demagogenverfolgung*. Denn „demagogisch“ im Sinne politischer Volksverführung agierten in Wahrheit nicht die politisch Verfolgten, also jene um demokratische Reformen ringenden Patrioten, sondern ihre staatlichen Verfolger selbst, weil sie ihre Maßnahmen mit dieser Bezeichnung zu legitimieren suchten. Tatsächlich hängt dies mit der Sorge um die „öffentliche Meinung“ zusammen, deren Bedeutung als Machtfaktor und für die Legitimation politischen Handelns seit der Französischen Revolution bewusst geworden war. Der Zusammenhang von „öffentlicher Meinung“ und der berühmten, von Rousseau begründeten republikanischen Formel vom „politischen Gemeinwillen“ (*volonté générale*) trat dabei offen zu Tage. Und über die Sprengkraft dieser republikanischen Formel konnte angesichts der allgegenwärtigen fürstlichen Willkürherrschaft seit dem Ausbruch der Französischen Revolution kein Zweifel mehr bestehen. So ist die Diskussion über das Phänomen der „öffentlichen Meinung“ und den Umgang damit eines der meistdiskutierten Themen der Zeit. Auch Arndt nennt die „öffentliche Meinung“ und den „Glauben des Volkes“ in der bedeutendsten seiner politischen Streitschriften, dem *Geist der Zeit*, „das höchste Gesetz der Politik“. ⁴ Selbst in den „wichtigsten Grundsätzen des Kriegführens“, die General Clausewitz im April 1812 schriftlich niederlegt, zählt der Grundsatz, „die öffentliche Meinung zu gewinnen“, zu den „drei Hauptzwecken“ der Kriegführung. ⁵ Abgesehen davon waren bereits

im Vorfeld der Revolution spezifische Abhandlungen zur Frage der „öffentlichen Meinung“ erschienen. So spricht etwa der Chefideologe der marktwirtschaftlich orientierten, großbürgerlichen Opposition in Frankreich, Le Mercier de la Rivière, bereits 1767, also mehr als zwanzig Jahre vor dem Ausbruch der Revolution, von der *opinion publique* (der „öffentlichen Meinung“) als der eigentlich staatstragenden Gewalt und nennt sie daher eine *Regina del mundo* (eine Herrscherin der Welt).⁶

„Eine von allen Unwägbarkeiten gereinigte Demokratie: Alles geschieht für das Volk und im Namen des Volkes, nichts geschieht durch das Volk selbst oder unter seinem unreflektierten Diktat.“

Daraus abgeleitet wird schon damals die Notwendigkeit einer gewissermaßen vormundschaftlichen *instruction publique* als der notwendigen und ersten aller gesetzlichen Verfügungen des Staates.⁷ Tatsächlich gelingt es genau diesen bürgerlich-konservativen Kräften während der Revolution, die Meinungsführerschaft zu gewinnen, schließlich gar den Staatsstreich Bonapartes im Jahr 1799 zu arrangieren und ihn zum Sieg einer „*démocratie purgée de tous ses inconvénients*“ (einer „von allen Unwägbarkeiten gereinigten Demokratie“) zu erklären⁸. Was damit gemeint ist, zeigt die präzisierende Formel: „*tout se fait pour le peuple et au nom du peuple, rien ne se fait par lui ni sous sa dictée irréfléchie*.“⁹ („Alles geschieht für das Volk und im Namen des Volkes, nichts geschieht durch das Volk selbst oder unter seinem unreflektierten Diktat.“) Nichts anderes also als eine vollständige politische Entmündigung des Volkes im Namen der Demokratie.

Noch näher an der erwähnten Verschleierungstaktik der *Demagogenverfolgung* liegt eine Theorie, die einige Jahre später, nämlich unmittelbar nach Napoleons Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig, von dem nach Deutschland geflüchteten französischen Schriftsteller und Gelehrten Benjamin Constant entwickelt wurde, die man beinahe zeitlos¹⁰ nennen könnte. Es ist eine Theorie über die stufenweise politische Entmündigung eines Volkes. Seinem Werk gibt er den Titel *Vom Geist der Eroberung und der Unterwerfung in ihren Beziehungen zur europä-*

ischen Zivilisation.¹¹ Inspiriert habe ihn die schmerzvolle Beobachtung der in Deutschland öffentlich bekundeten Huldigungen gegenüber dem Eroberer Bonaparte. Um sich dies zu erklären, unterscheidet der Autor zwischen zwei Formen der Unterwerfung: dem *Despotismus*, der die Pressefreiheit erstickt, und der *Usurpation*, die sie parodiert. „Der *Despotismus*, um es mit einem Wort zu sagen, herrscht durch die Stille und belässt dem Menschen das Recht, zu schweigen; die *Usurpation* hingegen, erzwingt sein Reden; sie verfolgt ihn bis in die geheiligte Intimität seiner Gedanken und, indem sie ihn zwingt, sein Gewissen zu belügen, nimmt sie ihm den letzten Trost, der dem Unterdrückten bleibt.“¹² „Die Usurpation bedarf der Formen der Freiheit, aber indem sie sich ihrer bedient, entweicht sie sie. Da die Existenz eines öffentlichen Geistes (*esprit public*) für sie gefährlich ist, das Scheinbild eines öffentlichen Geistes ihr aber notwendig erscheint, schlägt sie das Volk mit der einen Hand, um die wirkliche Meinung zu ersticken, und mit der anderen Hand, um es zum Scheinbild der gewünschten Meinung zu zwingen.“¹³ Ergänzend schildert Benjamin Constant, wie bestochene Publizisten eine vermeintliche Opposition angreifen, als besäße diese die Möglichkeit, darauf zu antworten. Ihre absurden Diffamierungen rechtfertigen schließlich barbarische Verurteilungen.

Auch die Entstehung eines Geistes der kriegesischen Expansion, wie er in Frankreich die Eroberungspolitik Bonapartes vorbereitete und begleitete, ist Gegenstand der Analyse. Dabei ist „das Vokabular des Unrechts und der Scheinheiligkeit unerschöpflich“, wenn es darum geht, die „nationale Ehre“, die „nationale Unabhängigkeit“, die „Abrundung der Grenzen“, die „Interessen des Handels“ oder auch nur die Verteidigungsbereitschaft eines anderen Staates für die Rechtfertigung kriegesischer Expansionen vorzugeben. „Alle Wörter verlieren ihren Sinn“ bei dieser Manipulation, die nicht nur auf die „intellektuellen Fähigkeiten der Masse der Untertanen“ abzielt, sondern auch deren moralische Einstellungen korrumpiert, „jede Menschlichkeit in den Herzen ersticken soll“.¹⁴

Adam Müller und die Geburt der Preußischen Staatszeitung

Der konservative Staatstheoretiker Adam Müller, Autor der mehrere Bände umfassenden *Elemente der Staatskunst*⁵, die er mit abfälligen Bemerkungen über die „kränkliche, hyperkritische Jugend“ und deren „Vaterlandsretterei“ eröffnet, hatte seinerseits – hier allerdings zugunsten staatlicher Repression – einen Plan entwickelt, wie die öffentliche Meinung durch die gleichzeitige Herausgabe einer amtlichen Regierungszeitung und einer nur vorgetäuschten Oppositionszeitung im Sinne der Staatsmacht zu beeinflussen wäre. In einem Schreiben an den einflussreichen preußischen Geheimen Oberfinanzrat Stägemann vom 29. August 1809 führt er dazu folgendes aus: „Ein Staat wie der reorganisierte Preussische muss auch sprechen: die Gesichtspunkte sowohl für die Beurtheilung der neuen Organisation, als für die der ausserordentlichen Maasregeln, welche die zerrüttete Lage des Staates nothwendig macht, müssen populär ausgedrückt, die Opposition, die durch alle Reform hervorgerufen wird, nicht niedergeschlagen, aber geleitet, noch besser *vorweggenommen* werden. Vorzüglich aber muss auf offiziellem Wege den Partheien, die den Staat vollends verzehren, durch eine überlegene Meinung und *durch eine überlegene Opposition* imponirt werden. – Ich getraue mir 1) öffentlich und unter der Autorität des Staatsraths ein Regierungsblatt 2) anonym und unter der blossen Connivenz desselbigen ein Volksblatt, mit anderen Worten, eine Ministerial- und Oppositionszeitung zugleich zu schreiben, die dem Einen, was uns Noth thut, der Wiedererzeugung einer wahren und ernsthaften, preussischen, öffentlichen Meinung thätig zu Hülfe kommen soll.“¹⁶ Noch während des Aachener Kongresses von 1818, auf dem, wie wir wissen, Fragen der inneren Sicherheit eine dominierende Rolle spielten, kommt schließlich der Staatsminister Hardenberg auf die ihm seinerzeit offenbar von Stägemann übermittelte Idee einer Staatszeitung zurück. In einem noch in Aachen verfassten Schreiben an Stägemann bittet er diesen, einen Plan für solch ein Publikationsorgan zu entwerfen. Es ginge darum, „ein neues Blatt in der Residenz

Die
Elemente der Staatskunst.

Öeffentliche Vorlesungen,

vor

**Er. Durchlaucht dem Prinzen Bernhard
von Sachsen-Weimar**

und

**einer Versammlung von Staatsmännern und Diplomaten,
im Winter von 1808 auf 1809, zu Dresden, gehalten**

von

Adam H. Müller,
Herzogl. S. Weimarischem Hofrath.

Erster Theil.

Mit einer Kupfertafel.

Berlin, bei J. D. Sander.

1809.

zu gründen, welches sie (die Regierung) hauptsächlich als Organ zur Belehrung des Publikums und zur Berichtigung der Urteile über innere Verhältnisse benutzen könnte. Das Bedürfnis eines solchen Blattes wird immer dringender, da Zeitungen und Flugblätter miteinander wetteifern, falsche Nachrichten über unseren Staat zu verbreiten, Tatsachen zu entstellen (...) und so die Meinung des In- und Auslandes zu verwirren.“¹⁷ Wie die positive Antwort Stägemanns beweist, verstand er diese Aufforderung in genau dem Sinn, den Adam Müller als Taktik der manipulativen Information vorgegeben hatte. Er schreibt: „Von der Wichtigkeit eines öffentlichen Blatts, als Organ der Regierung, wie Ew. P. es beabsichtigen, vollkommen durchdrungen, weiss ich auch eben so wohl, dass um teils die Regierung selbst, teils das Publikum in solchem Blatt zu behandeln, eine Art diplomatischer Kunst erforderlich ist, ähnlich der ausgestorbenen Rhetorik der Alten (...), da es gewiss kein schöneres Problem giebt, als den Versöhner zu machen zwischen den einzelnen Maasregeln der Regierung und den gründlichen Einwendungen.“¹⁸

Zur Praxis der staatlichen Überwachung

„Frei ist die Rede der Wahrheit und des Rechts, und frei muß sie sein.“

Ernst Moritz Arndt¹⁹

Was die praktische Umsetzung der verschiedensten Überlegungen mit Bezug zur *Demagogenverfolgung* angeht, so hatte man in Preußen und Österreich entsprechend dazugelernt, was sowohl den Aufbau eines flächendeckenden Bespitzelungs- und Repressionsapparates angeht als auch entsprechende Instrumentarien zur Manipulation der öffentlichen Meinung. Eine Arbeit des ehemals sehr bekannten österreichischen Historikers Auguste Fournier gewährt in dieser Hinsicht einen seltenen Einblick in zeitgenössische Dokumente. *Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongress* ist der Titel seines Buches, das er im April 1913 dem *Internationalen Historikerkongreß zu London* achtungsvoll gewidmet hat²⁰.

„Da war es nun, das große Gespenst, das fortan Jahrzehnte lang die Politik in Sorge halten wird, jetzt als Freimaurer, Philanthrop, und Illuminat, später als Tugendbündler und Carbonare, als Burschenschafter und Mazzinist verkleidet, und der Kampf dagegen wird als einer der wichtigsten Staatszwecke gelten.“

Es handelt sich um eine Dokumentation der Tätigkeit der geheimen Staatspolizei vor und während des Wiener Kongresses von 1814/1815. Im Vorwort heißt es: „Das Archiv des Wiener Ministeriums des Innern verwahrt unter seinen Polizeiakten eine Reihe von Faszikeln interessanten Inhalts. Es sind die in fortlaufender Folge, vom September 1814 bis in den Juni 1815, vom Polizeiminister dem Kaiser erstatteten Vorträge über alles, was mit dem europäischen Kongreß zusammenhing, der damals in Wien tagte. Die Vorträge waren die Einbegleitung einer ganzen Anzahl von geheimen Berichten über politisch hervorragende Fremde, Interviews mit ihnen, Nachrichten über ihren Verkehr und ihr Geben und nebenher über Stimmungen und Urteile in der fremden wie in der einheimischen Gesellschaft, in deren Salons damals die öffentliche Meinung Österreichs entstand. Diesen Geheimberichten waren stets auch Abschriften heimlich geöffneter oder sonst zur behördlichen Kenntnis gelangter Korrespondenz beigelegt.“²¹

„Da war es nun“, resümiert Fournier, „das große Gespenst, das fortan Jahrzehnte lang (...) die Politik (...) in Sorgen halten wird, jetzt als Freimaurer, Philanthrop, und Illuminat, später als Tugendbündler und Carbonare, als Burschenschafter und Mazzinist verkleidet, und der Kampf dagegen wird als einer der wichtigsten Staatszwecke gelten.“²² Um die Überwachung möglichst lückenlos zu gestalten, hatte man von Anfang an nicht nur „Vertraute höheren Standes in den geheimen Staatsdienst aufgenommen, (sondern) auch Agenten niederer Kategorie zur Hand, um sie (...) als Kanzleidiener, Lakaïen, Kutscher, Heizer, Stubenmädchen usw. unterzubringen.“ Dass reformorientierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie die preußischen Minister Hardenberg, Humboldt, Gruner und Stein, aber auch Publizisten wie Görres und Arndt, bereits lange vor dem Wiener Kongress extensiv beobachtet wurden, erscheint

wenig überraschend. Österreich und Preußen gestalteten schließlich über den 1815 gegründeten Deutschen Bund stets gemeinsam die Überwachungsmaßnahmen, etwa in der „Mainzer Zentraluntersuchungskommission“ (1819 bis 1827), vor der sich auch Ernst Moritz Arndt zu rechtfertigen hatte, oder im Rahmen der seit 1833 eingesetzten „Bundeszentralbehörde“ in Frankfurt am Main. Auch diese hatte laut Satzung „alle über die aufrührerischen Komplotte in den einzelnen deutschen Bundesstaaten ihr zugehenden Notizen zusammenzustellen, die Tatsachen aufzuklären, die Urheber und Teilnehmer zu ermitteln und hiermit ihre Anträge wegen gründlicher Hebung des Übels zu verbinden.“²³

Wie in der Folge gezeigt werden soll, durchschaute Ernst Moritz Arndt wie kaum ein anderer zeitgenössischer Publizist das Zusammenspiel von geheimpolizeilicher Überwachung, staatlicher Repression und Manipulation der öffentlichen Meinung. Sein unerschrockener und leidenschaftlich geführter Kampf gegen die menschenverachtende Leibeigenschaft, für demokratische Reformen und eine vom Volk getragene Verfassung in einem geeinten Deutschland, für eine freie und wahrhaftige Presse und schließlich seine überragende Rolle, die er gemeinsam mit dem Freiherrn vom Stein in den Befreiungskriegen spielte, beherrschten in den Jahren 1802 bis zu seiner Arretierung 1819 und darauffolgender Suspendierung vom Lehramt sein gesamtes Leben und Schaffen. Der Preußische Staat „honorierte“ seine Verdienste während der folgenden zwanzig Jahre mit öffentlicher Ächtung und der Zerstörung seiner bürgerlichen Existenz. Arndt hat sich davon nie mehr wirklich erholt. Den nur noch vereinzelt erscheinenden Werken – und hierfür muss man vor diesem Hintergrund Verständnis aufbringen – fehlt nicht nur die revolutionäre Wucht früherer Schriften, sie verleugnen auch teilweise frühere Positionen. Und es braucht fast dreißig Jahre – davon sieben Jahre nach erfolgter Rehabilitierung –, bevor er die Kraft findet, seinen inzwischen Jahrzehnte zurückliegenden, ebenso verzweifelten wie aussichtslosen Kampf gegen die staatliche Repression in Gestalt eines über vierhundertseitigen *Notgedrungenen Berichts*,²⁴ zu dokumentieren mit dem ausdrücklichen Ziel seiner Rehabilitierung vor der Nachwelt, wie er selbst im Vorwort betont.